



DIE WELT

HÖRWELT
präsentiert den Klassiker der Jugend- und Weltliteratur „Die Abenteuer des Huckleberry Finn“ von Mark Twain heute für unsere Leser zum kostenlosen Download unter welt.de/hoerwelt. Einfach Gutscheincode eingeben: DMYHN35A

LESER-SERVICE 0 8 0 0 / 9 3 5 8 5 3 7

SAMSTAG, 17. SEPTEMBER 2011

D 2,20 EURO B *

Zippert zappt

In Südafrika wurde vor Kurzem ein aufsehenerregender Fossilienfund gemacht. Die zwei Millionen Jahre alte Hand soll einem Vorfahren des Menschen gehört haben. Der Australopithecus benutzte die Hand sowohl zum Klettern auf die Bäume, verfügte aber gleichzeitig über die Fähigkeit des menschlichen Präzisionsgriffs, erklärten Forscher des Max-Planck-Instituts in Leipzig. Rätselhaft bleibt aber, wieso der Australopithecus nur eine Hand hatte. Vor zwei Millionen Jahren könnte das ein entscheidender evolutionärer Vorteil gewesen sein, obwohl es sicher nicht leicht war, mit einer Hand auf einen Baum zu klettern. Man war aber für das Einhandsegeln bestens vorbereitet oder das Fahren mit dem Einspänner. Ob der menschliche Urahn zum Ausgleich drei oder vier Beine hatte oder zur Paarungszeit eine zweite Hand ausbilden konnte, wird untersucht. Vielleicht benötigte der Australopithecus die Hand nur zum Aufhalten, das würde bedeuten, der Mensch stammt von einem Hartz-IV-Empfänger, einem Makler oder einem Anlageberater ab.



Kassenschlager

Mit Josef Ratzinger kommen die kleinen Dinge, die einen Papstbesuch noch schöner machen. Der Ratzefummel zum Beispiel, den der Hersteller aus Garching mit dem schönen Werbespruch „Kleine Sünden einfach wegradieren“ anpreist. In Freiburg ist der Ra-

diergummi für 1,50 Euro schon der absolute Kassenschlager in den Schreibwarengeschäften. Die Lizenzgebühren fließen in den Vatikan. Aber es gibt noch mehr Produkte zum Papstbesuch, bis hin zur eigenen Parkbank für 410 Euro. **Seite 16**

Grenzkontrollen: Brüssel verärgert Deutschland

EU will im Schengen-Raum das letzte Wort haben. Bayerns Innenminister Herrmann: Sicherheit nicht den Eurokraten überlassen

■ Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann: „Das ist ein Angriff auf einen Kernbereich der Mitgliedsstaaten“

MARTIN LUTZ UND STEFANIE BOLZEN

Deutschland wehrt sich vehement dagegen, dass die EU-Kommission künftig über Grenzkontrollen im Schengen-Raum entscheiden soll. Nach den Plänen von Innenkommissarin Cecilia Malmström dürfen Mitgliedsstaaten nicht nur bei Großereignissen wie einer Fußball-WM, sondern auch in Notfällen Kontrollen einführen – allerdings nur für fünf Tage. Eine Ausweitung auf 30 Tage bedürfte der Genehmigung aus Brüssel. Eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten muss ebenfalls zustimmen. Erstmals kann auch ein großer Flüchtlingsansturm als Notfall gelten. Damit reagierte Malmström auf die Politik Italiens, Einwanderer aus Nordafrika Visa auszustellen. Frankreich kontrollierte daraufhin im Frühjahr an der Grenze zu Italien, um einen Zustrom zu verhindern. Im Sommer intensivierte auch Dänemark seine Zoll-

kontrollen, um grenzüberschreitende Kriminalität einzudämmen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) lehnt ein Mitscheidungsrecht der EU-Kommission aus Gründen der inneren Sicherheit ab. „Die Mitgliedsstaaten wissen selbst am besten, welche Maßnahmen im Einzelfall für ihre innere Sicherheit notwendig sind. Die innere Sicherheit ist Kernbestandteil nationaler Kompetenz und Souveränität. Sie muss für

Brüssel eine rote Linie sein und auch bleiben“, sagte Herrmann der „Welt“. „Wir sind nicht bereit, die Sicherheit Deutschlands den Eurokraten zu überlassen. Das ist auch ein weiteres Beispiel dafür, warum der Ruf nach Vereinigten Staaten von Europa fehl am Platz ist.“

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) sagte der „Welt“: „Das Ansinnen der EU-Kommission ist ein Angriff auf einen Kernbereich der Mitgliedsstaaten. Über temporäre Grenzkontrollen zu befinden ist nicht Sache von Bürokraten aus Brüssel, sondern eine souveräne Entscheidungsmöglichkeit Deutschlands. Das muss auch so bleiben.“ Schünemann, Sprecher der Unionsinnenminister, bezeichnete das Instrument der temporären Grenzkontrollen als „Ultima Ratio“. Aber so könnten im Vorfeld von Großveranstaltungen potenzielle Gewalttäter bei der Einreise identifiziert werden.

Während das Auswärtige Amt Malmströms Vorschlag guthieß, hatte sich Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bereits ablehnend geäußert, so wie auch seine Amtskollegen aus Frankreich und Spanien. Über die Pläne entscheiden die EU-Staaten im Ministerrat und das Europaparlament.

Siehe Kommentar

DAS ABKOMMEN VON SCHENGEN

Die Schengen-Mitgliedschaft verbietet „systematische“ Grenzkontrollen. Nur Stichproben sind zulässig, wenn ein Land dafür berechtigte Gründe nennen kann. Auf einem Mosel-Schiff bei Schengen, einem Winzerdorf in Luxemburg, unterzeichneten Deutschland, Frankreich und die drei Beneluxstaaten 1985 einen Vertrag, der eine Abschaffung der Grenzkontrollen vorsah. Es dauerte bis 1995, um tatsächlich die Schlagbäume abzubauen. 25 Länder schlossen die Verträge ab, Ausnahme sind Großbritannien, Irland und Zypern. Schengen schuf eine nie gekannte Reisefreiheit.

BEILAGEN



Karriere
Ein Chef muss Mitarbeiter mit Respekt führen

Reise
Schnorcheln mit den Haien auf den Malediven

Motor
Die neuen Modelle auf der IAA

Dax
Klar im Plus

Seite 21

DAX Xetra-Schluss 5572,23 Punkte +1,16%	EURO EZB-Kurs 1,3760 US-\$ -0,25%	DOW 19.00 Uhr 11.511,78 Punkte +0,69%
--	--	--

DIE WELT

Als App für iPhones und auf dem iPad

Immer mehr junge US-Bürger müssen zurück zu ihren Eltern oder anderen Verwandten ziehen, weil sie ihre Jobs verlieren oder nie eine angemessene Arbeit finden. „Welt“-Korrespondent Uwe Schmitt erzählt exklusiv für die iPad- und iPhone-Apps der „Welt“, wie Minderheiten besonders stark unter der Wirtschaftskrise leiden.

Die Apps erhalten Sie unter welt.de/iphone-app

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/weltonline
Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/weltonline

welt.de
mobil.welt.de
E-Mail: redaktion@welt.de
Kostenloses Probeabo:
Tel. 0800 / 935 85 37 Fax 0800 / 935 87 37

Mein Ventilator für Ihre Stimme

Indische Politiker pfeifen auf Programme und verteilen lieber Wahlgeschenke

SOPHIE MÜHLMANN

Die Hausfrau aus Chennai im indischen Bundesstaat Tamil Nadu ist sicher zufrieden mit ihrer gewählten Volksvertreterin. In ihrem schönsten Sari schüttelt sie die Hand ihrer Ministerpräsidentin Jayaram Jayalalitha. Vor ihr steht ein nagelneuer Ventilator – eine kleine Aufmerksamkeit der Ministerin für treue Wähler. Im Wahlkampf zeichnen sich die politischen Parteien im südlichsten Bundesstaat Indiens nicht unbedingt durch politische Konzepte aus. Viele Parteien überzeugen ihre Wählerschaft durch Geschenke. Tamil Nadu ist im ganzen Land berüchtigt für seine üppigen Wählerpräsente. Die damals oppositionelle DMK-Partei hatte schon 2006 für Schlagzeilen gesorgt, weil sie allein mit dem Versprechen, ihre Wähler mit Farbfernsehern zu belohnen, das Ruder herumriss und überraschend die Wahl gewann. Die Strategie hatte sich bewährt und wurde von den anderen Parteien prompt übernommen.

So auch von Ministerpräsidentin Jayalalitha. Neben einem Ventilator für jede Frau im Bundesstaat kündigte sie beim letzten Wahlkampf für die Regionalwahl im Mai auch Gaben für die Schüler an. Und so regnet es jetzt Laptops in Tamil Nadu. 6,8 Millionen Schulkinder, so hatte die Ex-Filmschauspielerin zugesichert, sollen in den kommenden fünf Jahren einen eigenen tragbaren Computer bekommen.

In dieser Woche werden die ersten Laptops in Oberschulen und staatlichen Fachhochschulen verteilt. Die in Indien bisher einzigartige Aktion kann, so loben die einen, finanziell benachteiligten Schülern auf die Sprünge helfen und die Bildung der Massen fördern. Die anderen beklagen die Verschwendung von Staatsgeldern. Allein in diesem Jahr kostet die Gabenflut den Bundesstaat umgerechnet etwa 358 Millionen Euro – dabei, so schimpfen Kritiker, mangelt es in vielen Schulen immer noch an Schulbüchern. Auch die allgemeine Infrastruktur könne eine Finanzspritze besser gebrauchen: Regelmäßig fällt der Strom aus.

DIE WELT, Axel-Springer-Strasse 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410 Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. Redaktion: Tel. 030/25910, Fax 030/25917606, E-Mail: redaktion@welt.de; Anzeigen: 030/585890, Fax 030/585891, E-Mail: anzeigen@welt.de; Leserservice: DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin, Tel. 0800/9 35 85 37, Fax 0800/9 35 87 37, E-Mail: leser@welt.de
B 310 € / CZ 100 CZK / DK 28000 DKR / P 310 € (Cont.) / F 310 € / H 820 FT / GR 320 € / CY 350 € / NL 310 € / E/L/C 310 € / KRO 27000 KN / I 310 € / L 310 € / N 43000 NOK / E 310 € / A 310 € / GB 270 GBP / FIN 350 € / IRL 310 € / PL 15000 PLN / S 48000 SEK / CH 5000 CHF / SLO 310 € / SK 350 € / MA 53000 DH / M 350 €

ISSN 0173-8437 218-37 ZKZ 7109
4 190710 902209 60037

Rettungsfonds: Entscheidung verschoben

Erst 2012 wird über ESM abgestimmt

BERLIN – Die tief zerstrittene Koalition bekommt mehr Zeit für die Abstimmung über einen dauerhaften Euro-Rettungsschirm. Der Bundestag wird wahrscheinlich erst im ersten Quartal 2012 über den geplanten Rettungsfonds ESM entscheiden, hieß es in Koalitionskreisen. Ursprünglich sollte das Parlament Ende des Jahres abstimmen. Der Fonds ist für 2013 geplant. Mit der Verzögerung gewinnt die Koalition mehr Zeit, um den erwarteten Mitgliederentscheid der Euro-Rebellen in der FDP abzuwarten. Der ESM soll den aktuellen Rettungsfonds EFSF ablösen. Gegner warnen davor, dass dies zu einer dauerhaften Transferunion in der Euro-Zone führen würde. Doch zunächst steht Ende September die Abstimmung über die Stärkung des EFSF an. Er erhält neue Instrumente und einen größeren Garantierahmen. Deutschland schulert dann Bürgschaften von bis zu 253 Milliarden Euro. Im Herbst soll auch über das zweite Griechenland-Paket abgestimmt werden. **Seiten 4 und 9**

Palästinenser bestehen auf eigenem Staat

Präsident Abbas will Grenzen von 1967

RAMALLAH – Palästinenserpräsident Mahmud Abbas will einen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 als Vollmitglied der Vereinten Nationen beantragen. Die israelische Besatzung müsse jetzt beendet werden, sagte Abbas in Ramallah. Ziel der Palästinenser sei es nicht, den legalen Status des Staates Israel anzuzweifeln, sondern die israelische Politik zu isolieren.

Nach den Worten von Abbas haben die Palästinenser ein legitimes Recht auf einen eigenen Staat. Die Friedensverhandlungen mit Israel hätten keine Fortschritte gebracht. „Wir haben nichts erreicht, außer dass wir unsere Zeit verschwenden haben und Fakten vor Ort geschaffen wurden“, sagte Abbas. Er verwies dabei auf den israelischen Siedlungsbau und wachsende Aggressivität der Siedler.

Israel und die USA lehnen einen Antrag der Palästinenser als Vollmitglied der Vereinten Nationen ab. Israel hat die Palästinenserführung aufgefordert, unverzüglich die seit einem Jahr festgefahrenen Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen fortzusetzen.

KOMMENTAR
STEFANIE BOLZEN

Europa am Limit

Zwei Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte sind die höchsten Güter des gemeinsamen Europas: der Euro und Schengen. Eine Währung, die schon jetzt 17 der 27 EU-Mitglieder teilen. Und ein Grenzregime, das den Bürgern von Tallinn bis Lissabon freies Reisen ohne Schlagbäume möglich macht.

Doch beide stecken in einer tiefen Krise. Die Bürger spüren eine wachsende Angst vor Europa, vor einer Gemeinschaft, die man in guten Tagen und aus guten historischen wie ökonomischen Gründen immer größer und immer tiefer gebaut hat. Leider aber haben die Verantwortlichen seinerzeit vergessen, ihre Verträge auch für schlechte Zeiten auszustatten. Für Stresstests in einer immer globaleren Welt sahen die Schengen- und Euro-Väter keinen Anlass.

Wie das Vertrauen in den Euro zerfällt, ist allen Beschwichtigungen der Politik zum Trotz tagtäglich zu beobachten. Schengen ergeht es ähnlich. Wenn wirklich oder vermeintlich Zehntausende aus Nordafrika den Weg über das Mittelmeer nach Italien und Malta suchen; wenn wie in Dänemark der Grund für wachsende Kriminalität in offenen Grenzen zu liegen scheint, dann hat bei den meisten die Begeisterung für das freie Reisen ein schnelles Ende.

Die Menschen in den Ländern der Union wenden sich ab „von denen in Brüssel“, die ihnen die vielen, allzu leicht zu missbrauchenden Freiheiten eingebrockt haben. Und aus Angst erwächst Misstrauen, auf das die nationale Politik reagiert. Der Verzicht auf staatliche Souveränität, den man besonders in Deutschland einst gern geübt hat, gerät zum Teufelszeug. Lieber regeln wir die Probleme selbst – dann wissen wir wenigstens, was am Ende wirklich dabei rauskommt.

Das ist die dominierende Stimmung im Krisenjahr vier. Der EU-Kommission, der Hüterin der Verträge und damit der Grundfesten der Union, ist angesichts dessen geradezu Panik anzumerken. Daraus erklärt sich auch der Versuch, die alleinige Kontrolle über die Grenzen an sich zu ziehen. Brüssel will das gesamte Europa „verteidigen“. Unter der Entscheidung eines EU-Mitglieds, die Schlagbäume aus womöglich innenpolitischem Kalkül herunterzulassen, dürften nicht 400 Millionen Bürger des Schengen-Raums leiden.

Aus Brüsseler Sicht ein berechtigter Ansatz. Doch er ignoriert vollkommen die Entwicklung, die die Mitgliedsländer mit der Krise eingeschlagen haben. In Sachen Euro haben sie den EU-Institutionen das Heft aus der Hand genommen, gestalten und treffen die wirklichen Entscheidungen schon lange unter sich selbst. Der Streit über Schengen ist deshalb nur ein weiterer Kapitel auf dem Weg hin zu „weniger Europa“.

stefanie.bolzen@welt.de

ANZEIGE

Baufinanzierung für Deutschland: Ich bin 100 Banken

interhyp
Baufinanzierung

Individuelle Beratung: Gemeinsam mit Ihnen entwickeln wir eine maßgeschneiderte Finanzierung.
Persönlicher Kontakt: Ob am Telefon, per E-Mail oder vor Ort. Wir sind immer für Sie da.

Beste Konditionen: Aus über 100 Banken finden wir anbieterunabhängig das Angebot, das optimal passt und Geld spart.

0 800 - 200 15 15 72
(Mo - Fr 8-22 Uhr, Sa/So 9-18 Uhr)
www.interhyp.de